

Beglaubigte Abschrift

28 O 369/18



Verkündet am 16.01.2019

Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der
Geschäftsstelle

Landgericht Köln

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem einstweiligen Verfügungsverfahren

der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, vertreten durch den Vorsitzenden Björn Höcke, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt,

Verfügungsklägerin,

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt Schlösser, Augustinerstr. 48,
99084 Erfurt,

gegen

1. die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, vertreten durch den Vorsitzenden Matthias Hey, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt,
2. Frau Dorothea Marx, c/o SPD - Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt,

Verfügungsbeklagte,

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte [REDACTED],
[REDACTED]

hat die 28. Zivilkammer des Landgerichts Köln
im schriftlichen Verfahren mit Schriftsatzfrist bis zum 19.12.2018
durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Dr. [REDACTED], die Richterin
[REDACTED] und den Richter am Landgericht [REDACTED]

für Recht erkannt:

Die einstweilige Verfügung vom 04.10.2018 wird bestätigt.

Die Verfügungsbeklagten tragen die weiteren Kosten des Verfahrens jeweils zur Hälfte.

Tatbestand

Am 03.09.2018 veröffentlichten die Verfügungsbeklagten auf der Internetseite <https://www.spd-thl.de> einen Beitrag mit der Überschrift „Verfassungsfeindlichkeit der AfD ist schon länger offenkundig“, in dem es u.a. heißt: *„Auch im Thüringer Landtag seien ähnliche Fälle bekannt. Schon 2015 habe eine Abgeordnete der hiesigen AfD-Fraktion eine Kleine Anfrage eingereicht, in der sie eine Zählung aller Homo-, Bi- und Transsexuellen in Thüringen verlangte.“* Hinsichtlich der Einzelheiten des Beitrags wird auf die Anlage A1 Bezug genommen. Mit E-Mail vom 14.09.2018 forderte die Verfügungsklägerin die Verfügungsbeklagten erfolglos zur Abgabe von strafbewehrten Unterlassungserklärungen auf.

Die Verfügungsklägerin ist der Meinung, dass sie durch ihre ausdrückliche Nennung in ihrem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht betroffen sei und dass es sich bei der streitgegenständlichen Äußerung um eine unwahre Tatsachenbehauptung handele, da sich die Kleine Anfrage der Abgeordneten Herold vom 01.09.2015, hinsichtlich deren Einzelheiten auf die Anlage A4 Bezug genommen wird, keine Zählung der „Homo-, Bi- und Transsexuellen in Thüringen verlangt“ habe, sondern lediglich in Erfahrung habe bringen wollen, ob die Anzahl derselben bekannt sei.

Auf Antrag der Verfügungsklägerin hat die Kammer den Verfügungsbeklagten durch Beschluss vom 04.10.2018 im Wege der einstweiligen Verfügung untersagt, zu behaupten und/oder zu verbreiten und/oder behaupten und/oder verbreiten zu lassen:

„Schon 2015 habe eine Abgeordnete der hiesigen AfD-Fraktion eine Kleine Anfrage eingereicht, in der sie eine Zählung aller Homo-, Bi- und Transsexuellen in Thüringen verlangte.“

wenn dies geschieht, wie am 03.09.2018 auf der Internetseite <https://www.spd-thl.de/verfassungsfeindlichkeit-der-afd-ist-schon-laenger-offenkundig/>.

Hiergegen haben die Verfügungsbeklagten Widerspruch erhoben.

Die Verfügungsklägerin beantragt,

die einstweilige Verfügung vom 04.10.2018 zu bestätigen.

Die Verfügungsbeklagten beantragen,

die einstweilige Verfügung vom 04.10.2018 aufzuheben und den Antrag auf ihren Erlass zurückzuweisen.

Die Verfügungsbeklagten sind der Meinung, dass die Verfügungsklägerin durch die streitgegenständliche Äußerung nicht in ihrem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht betroffen sei, da es dort – unstreitig – nicht heißt, dass sie – die Verfügungsklägerin – die Kleine Anfrage gestellt habe, sondern eine namentlich nicht genannte Abgeordnete der Verfügungsklägerin. Auch werde – so meint sie weiter – an keiner Stelle des Beitrags suggeriert, dass die Verfügungsklägerin sich die Kleine Anfrage zurechnen lassen müsse oder deren Urheberin oder Initiatorin gewesen sei, zumal sich der Beitrag mit Einzelaktionen von AfD-Abgeordneten und der öffentlichen Diskussion um eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz auseinandersetze, nicht jedoch mit der Verfügungsklägerin. Die Verfügungsbeklagten sind ferner der Auffassung, dass der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Herold auch eine Aufforderung zur Zählung immanent gewesen sei, weil die Frage 3. nicht unter einem Vorbehalt gestanden habe. Hinsichtlich der Argumentation wird auf die Seiten 6 f. der Widerspruchsbegründung, Bl. 48 f. d.A., Bezug genommen. Zumindest handele es sich um eine im Rahmen des politischen Meinungskampfes zulässige Schlussfolgerung des Inhaltes der Kleinen Anfrage.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen Bezug genommen.

Mit Zustimmung der Parteien hat die Kammer durch Beschluss vom 04.12.2018 das schriftliche Verfahren gemäß § 128 Abs. 2 ZPO mit einer Schriftsatzfrist bis zum 19.12.2018 angeordnet.

Entscheidungsgründe

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ist nach wie vor begründet.

1.

Die Verfügungsklägerin hat gegen die Verfügungsbeklagten einen Unterlassungsanspruch gemäß den §§ 1004 Abs. 1 S. 2, 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG

Die Verfügungsklägerin kann sich grundsätzlich auf die Verletzung eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts berufen. Ob eine Fraktion das allgemeine Persönlichkeitsrecht für sich in Anspruch nehmen kann, wird in Rechtsprechung und Literatur allerdings uneinheitlich beurteilt. Dies beruht auf ihrer verfassungsrechtlichen Doppelstellung als freie Vereinigung von Abgeordneten ähnlich einem bürgerlich-rechtlichen Verein einerseits und der gemeinsamen Aufgaben- und Funktionswahrnehmung als Verfassungsauftrag andererseits. In Rechtsprechung und Literatur wird ausgehend hiervon der Parlamentsfraktionen zum Teil der Status einer juristischen Person zugestanden, teilweise wird ein bürgerlich-rechtlicher nicht rechtsfähiger Verein angenommen oder die Fraktion wird als rechtsfähige Vereinigung besonderer Art angesehen (vgl. OLG Dresden, NJW-RR 2017, 1254, m.w.N.). Für das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist dessen Anwendbarkeit auf juristische Personen des Privatrechts in den Grenzen der ihr zugewiesenen Funktionen seit langem anerkannt (vgl. statt aller Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 6. Aufl. 2018, Kap. 5, Rn. 127, 971; BGH, NJW 2006, 601). Dies gilt in Bezug auf Fraktionen jedoch nur für den außerparlamentarischen Bereich, wenn sie am „allgemeinen Rechtsverkehr“ teilnehmen. Dieser ist auch dann betroffen, wenn eine Fraktion sich gegen Äußerungen zur Wehr setzen will, die außerhalb des Parlaments gefallen sind. Hier handelt die Fraktion nicht als rechtlich selbstständige Gliederung des Parlaments, sondern als freie Vereinigung von Abgeordneten, die einem nichtrechtsfähigen Verein angenähert ist und sich daher nach Art. 19 Abs. 3 GG auf die Grundrechte berufen kann, soweit diese ihrem Wesen nach auf sie anwendbar sind (vgl. OLG Dresden, a.a.O.). Dies ist der Fall, wenn und soweit ihr sozialer Geltungsanspruch in ihrem Aufgabenbereich betroffen ist (BGH, NJW 1980, 2807 [2808] – Medizin-Syndikat I).

Entgegen der Auffassung der Verfügungsbeklagten ist die Verfügungsklägerin in ihrem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht betroffen.

Bei der Entscheidung, ob eine individuelle Betroffenheit der Personenvereinigung vorliegt, handelt es sich letztlich um eine Wertung. Erforderlich ist, dass die

Personenvereinigung von der Äußerung unmittelbar betroffen ist und nicht nur eine mittelbare Beeinträchtigung, eine Reflexwirkung vorliegt (BGH, NJW 1980, 2807 [2808] – Medizin-Syndikat I; OLG Karlsruhe, NJW-RR 2001, 766 [768]). Hierdurch soll auch erreicht werden, dass die Presse in der freien Berichterstattung nicht ohne Sachgrund durch eine zu große, unüberschaubare Ausdehnung der Anspruchsberechtigten übermäßig belastet wird (BGH, NJW 1980, 1790 – Familienname; OLG Hamburg, NJW 1988, 3211 und AfP 2008, 632 Rn. 15; OLG Stuttgart, NJW-RR 2014, 487).

Eine solche Betroffenheit ist unproblematisch dann gegeben, wenn die Personenvereinigung als solche direkt benannt bzw. angesprochen wird (vgl. BGH, NJW 2006, 601). Betrifft die Äußerung hingegen einzelne oder mehrere Personen, etwa Mitglieder, Gesellschafter oder Betriebsangehörige, ist auf Grund der konkreten Umstände des Einzelfalls anhand der Verkehrsanschauung festzustellen, ob dadurch auch die Gesellschaft (Personenvereinigung) selbst in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird (BGH, NJW 1980, 2807 [2808]; BGH, NJW 1980, 2813 – Medizin-Syndikat IV). Ausschlaggebend ist dabei nicht, ob sich die Gesellschaft das Verhalten einer solchen Person aus Rechtsgründen „zurechnen“ lassen muss; vielmehr ist eine rechtliche Einstandspflicht unerheblich und kommt es entscheidend darauf an, ob der unbefangene Leser die Personenvereinigung mit der Kritik identifiziert (BGH, NJW 1980, 2813 – Medizin-Syndikat IV). Dies kann dann angenommen werden, wenn das kritisierte Verhalten der handelnden Personen mit der Tätigkeit der juristischen Person bzw. Personenvereinigung in enger Verbindung steht (BGH, NJW 1980, 2813 – Medizin-Syndikat IV). Die Kritik muss also die Personenvereinigung selbst negativ kennzeichnen (BGH, NJW 1975, 1882).

In Konkretisierung dieser Grundsätze wird angenommen, dass bei einer Gesellschaft deren Herabwürdigung insbesondere in Betracht kommt, wenn der Gesellschafter oder Betriebsangehörige in dieser Eigenschaft oder wegen Tätigkeiten angegriffen wird, mit denen die Verkehrsauffassung auch die Gesellschaft identifiziert (BGH, NJW 1980, 2807 [2808]; BGH, NJW 1980, 2813). Ehrenrührige Äußerungen über Angehörige eines Vereins oder Unternehmens beeinträchtigen die Organisation selbst, wenn auf Grund der Zahl oder des Einflusses der Kritisierten das Ansehen des Vereins oder Unternehmens selbst leidet, während Äußerungen, welche das Verhalten eines einzelnen Vereinsmitglieds oder eines „einfachen“ Mitarbeiters eines Unternehmens oder eines Beamten einer Behörde zum Gegenstand haben, das

Unternehmen (bzw. den Verein oder die juristische Person) nicht ohne Weiteres individuell betreffen (OLG Stuttgart, a.a.O., m.w.N.; BGH, NJW 1981, 1089 [1094] – Der Aufmacher I; Wenzel, a.a.O., Kapitel 12, Rn. 46).

Hier ist die Verfügungsklägerin unmittelbar betroffen. Denn der unbefangene Leser identifiziert mit der durch die Äußerungen transportierten Kritik auch die Verfügungsklägerin, weil das kritisierte Verhalten der Abgeordneten – die Kleine Anfrage – mit der Tätigkeit der Verfügungsklägerin, die aus lediglich acht Personen besteht, in enger Verbindung steht und diese aufgrund des Kontextes selbst negativ kennzeichnet. Denn in der Pressemitteilung heißt es bereits vor der streitgegenständlichen Äußerung, dass sich *„führende Mitglieder der AfD, auch aus Thüringen, schon länger mit den Zielen von Rechtsextremen gemein (machen).“* Ferner werden nach der streitgegenständlichen Äußerung weitere Beispiele von Äußerungen von Mitgliedern der Verfügungsklägerin genannt, welche die Verfügungsbeklagten zu der am Ende der Pressemitteilung dargestellten Schlussfolgerung veranlasst. Vor diesem Hintergrund und der geringen Zahl der Mitglieder der Verfügungsklägerin nimmt der Durchschnittsrezipient die streitgegenständliche Äußerung auch als Kritik gegenüber der Verfügungsklägerin wahr.

Die streitgegenständliche Äußerung verletzt die Verfügungsklägerin rechtswidrig in ihrem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht.

Bei der Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts handelt es sich um einen sogenannten offenen Tatbestand, d. h. die Rechtswidrigkeit ist nicht durch die Tatbestandsmäßigkeit indiziert, sondern im Rahmen einer Gesamtabwägung der widerstreitenden Interessen unter sorgfältiger Würdigung aller Umstände des konkreten Einzelfalles und Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit positiv festzustellen. Stehen sich als widerstreitende Interessen – wie vorliegend – die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) und das Allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG) gegenüber, kommt es für die Zulässigkeit einer Äußerung maßgeblich darauf an, ob es sich um Tatsachenbehauptungen oder Meinungsäußerungen handelt. Tatsachen sind innere und äußere Vorgänge, die zumindest theoretisch dem Beweis zugänglich sind und sich damit als wahr oder unwahr feststellen lassen, während Meinungsäußerungen durch das Element der Stellungnahme gekennzeichnet sind. Unabdingbare Voraussetzung für eine zutreffende Einordnung

einer Äußerung ist die Ermittlung des Aussagegehalts. Dabei darf nicht isoliert auf den durch den Antrag herausgehobenen Text abgestellt werden. Vielmehr ist dieser im Zusammenhang mit dem gesamten Aussagetext zu deuten. Dabei ist auf den objektiven Sinn der Äußerung aus der Sicht eines unvoreingenommenen Durchschnittslesers abzustellen (vgl. BGH, NJW 1998, 3047; BVerfG, NJW 2006, 207). Auch wenn sich wertende und tatsächliche Elemente in einer Äußerung so vermengen, dass diese insgesamt als Werturteil anzusehen ist, kann die Richtigkeit der tatsächlichen Bestandteile im Rahmen einer Abwägung der Rechte eine Rolle spielen. Enthält die Meinungsäußerung erwiesene falsche oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen, so wird regelmäßig das Grundrecht der Meinungsfreiheit hinter dem durch das grundrechtsbeschränkende Gesetz geschützten Rechtsgut zurücktreten. Jedenfalls fällt die Richtigkeit des tatsächlichen Äußerungsgehalts, der dem Werturteil zugrunde liegt, regelmäßig bei der Abwägung ins Gewicht. Anders liegt es nur, wenn der tatsächliche Gehalt der Äußerung so substanzarm ist, dass er gegenüber der subjektiven Wertung in den Hintergrund tritt. Wenn sich einer Äußerung die Behauptung einer konkret greifbaren Tatsache nicht entnehmen lässt und sie bloß ein pauschales Urteil enthält, tritt der tatsächliche Gehalt gegenüber der Wertung zurück und beeinflusst die Abwägung nicht (vgl. BGH, Urteil vom 11.03.2008 - VI ZR 189/06).

Sofern es sich um Tatsachenbehauptungen handelt, kommt es im Rahmen der anzustellenden Abwägung für die Zulässigkeit ihrer Äußerung entscheidend auf den Wahrheitsgehalt der Tatsachenbehauptung an. Bewusst unwahre Tatsachen oder Tatsachen, deren Unwahrheit im Zeitpunkt der Äußerung zweifelsfrei feststeht, fallen nicht unter den Schutz des Art. 5 Abs. 1 GG. Ihre Äußerung ist daher grundsätzlich unzulässig. Die Verbreitung ehrenrühriger wahrer Tatsachenbehauptungen hingegen ist grundsätzlich zulässig, sofern sie nicht die Intim- oder Privatsphäre des Betroffenen betreffen. In letzterem Fall ist jedoch weiter zu prüfen und abzuwägen, ob ihre Äußerung durch ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit gedeckt ist. Betrifft die wahre Tatsachenbehauptung die Sozial- oder gar Öffentlichkeitssphäre, ist die Schwelle zur Persönlichkeitsrechtsverletzung erst dann überschritten, wenn die Mitteilung der wahren Tatsache einen Persönlichkeitsschaden befürchten lässt, der außer Verhältnis zu dem Interesse an der Verbreitung der Wahrheit steht (vgl. BGH, Urteil vom 08.05.2012 – VI ZR 217/08, Tz. 37).

Auch wenn grundsätzlich keine unwahren Tatsachen verbreitet werden dürfen, kommt es für einen Unterlassungsanspruch darauf an, ob in der Äußerung inhaltlich eine Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts liegt (vgl. BGH, NJW-RR, 2008, 913, m.w.N. aus der Rspr.). Maßgeblich ist dabei, ob gerade die Abweichung von der Wahrheit den Betroffenen in seinem – von ihm selbst definierten – sozialen Geltungsanspruch beeinträchtigt. Zur Abwehr von Äußerungen, die geeignet sind, sich abträglich auf das Ansehen einer Person, insbesondere ihr Bild in der Öffentlichkeit, auszuwirken, schützt das Allgemeine Persönlichkeitsrecht vor verfälschenden oder entstellenden Darstellungen, die von nicht ganz unerheblicher Bedeutung für die Persönlichkeitsentfaltung sind (vgl. BGH, a.a.O. m.w.N. aus der Rspr.). Dagegen gebietet es das allgemeine Persönlichkeitsrecht nicht, dem Betroffenen einen Abwehranspruch zuzubilligen, soweit es um Tatsachenbehauptungen geht, die sich nicht in nennenswerter Weise auf das Persönlichkeitsbild des Betroffenen auswirken können (vgl. BVerfG, NJW 2008, 747, m.w.N.). „Wertneutrale Falschdarstellungen“, also Äußerungen, mit denen nichts Negatives über den Betroffenen ausgesagt wird, begründen deshalb keine zivilrechtlichen Unterlassungsansprüche (vgl. OLG Köln NJW-RR 2006, 78). Denn für die Frage der Wahrheit oder Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung, wie sie hier unstreitig gegeben ist, kommt es allein darauf an, ob ihr Kern wahr ist, während Übertreibungen und Vergrößerungen, welche den Kern der Mitteilung unberührt lassen, ihre Wahrheit nicht in Frage stellen (BGH, NJW 1985, 1621; BGH, NJW 1963, 665; OLG München, NJW-RR 1996, 926; OLG Karlsruhe, NJW-RR 2009, 688; OLG Stuttgart, NJOZ 2017, 1424; Burkhardt in: Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 6. Aufl. 2018, Kap. 5 Rn. 217 u. 249).

Im Gegensatz zur Tatsachenbehauptung misst eine Meinungsäußerung einen Vorgang oder Zustand an einem vom Kritiker gewählten Maßstab. Es kommt darauf an, ob die Äußerung durch die Elemente der Stellungnahme, des Dafürhaltens oder des Meinens geprägt ist. Auf den Wert, die Richtigkeit oder die Vernünftigkeit der Äußerung kommt es nicht an (vgl. BVerfG, NJW 1983, 1415, 1416). Mit Rücksicht auf die Meinungsfreiheit ist der Begriff der Meinung in Art. 5 Abs. 1 GG grundsätzlich weit zu verstehen: Sofern eine Äußerung durch die Elemente der Stellungnahme, des Dafürhaltens oder Meinens geprägt ist, fällt sie in den Schutzbereich des Grundrechts. Das muss auch dann gelten, wenn sich diese Elemente - wie häufig - mit Elementen einer Tatsachenmitteilung oder -behauptung verbinden oder vermischen, jedenfalls dann, wenn beide sich nicht trennen lassen und der

tatsächliche Gehalt gegenüber der Wertung in den Hintergrund tritt (vgl. BVerfG, a.a.O.).

Insbesondere in Wahlkampfzeiten aber auch darüber hinaus ist die parteipolitische Auseinandersetzung (Art. 21 Abs. 1 GG) gewollt, so dass bei einem Beitrag zum geistigen Meinungskampf in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage die Vermutung für die Zulässigkeit der freien Rede gilt (BVerfGE 61, 1 = NJW 1983, 1415; BVerfGE 7, 198 = NJW 1958, 257 [259]). Daraus ergeben sich für den Richter im zivilrechtlichen Ehrenschutzprozess Grenzen schon bei der Feststellung des Inhalts der Aussage, insbesondere hinsichtlich ihres substanziellen Gehalts an Sachauskünften, aber auch für das, was mit einer Tatsachenbehauptung angesprochen ist. Auch wo es um die Zuweisung von Schuld oder politischer Verantwortung an den Gegner für Missstände oder für zu verurteilende Vorkommnisse geht, muss es grundsätzlich möglich sein, seinen Vorwurf in vergrößernder Vereinfachung der Zusammenhänge für seine Leser plastisch zu formulieren (BGH, GRUR 1984, 231; OLG Dresden, a.a.O.). Polemische Überzeichnungen und vereinfachende Verkürzungen in der Kritik am „anderen Lager“ sind dabei um der Gewährleistung willen, die Art. 5 Abs. 1 GG für die wirksame Darstellung der eigenen Meinung auch und gerade im politischen Meinungskampf zuerkennt, von dem Kritisierten grundsätzlich auch auf die Gefahr hin hinzunehmen, dass Zuhörer den Stellenwert solcher Polemik falsch einschätzen (BGH, a.a.O.; OLG Dresden, a.a.O.; OLG Brandenburg, Urt. v. 05.12.2016 – 1 U 5/16). Nur wo der Sachverhalt nicht nur vereinfacht, sondern bei voller Berücksichtigung politischer Redeweisen im Kern der Sachaussage falsch dargestellt ist, kann sich der Kritiker nicht mehr darauf zurückziehen, er habe seine Äußerung nur polemisch überziehen wollen (BGH, a.a.O.; OLG Dresden, a.a.O.).

Vor diesem Hintergrund wird nach Auffassung der Kammer der maßgebliche Sachverhalt, namentlich der Inhalt der Kleinen Anfrage 492 vom 01.09.2015 (Anlage A4), nicht nur vereinfacht, sondern bei voller Berücksichtigung politischer Redeweisen im Kern der Sachaussage falsch dargestellt. Denn die Abgeordnete Herold beehrte mit der Kleinen Anfrage 492 vom 01.09.2015 weder ausdrücklich noch aus dem Kontext der Fragen heraus eine „Zählung aller Homo-, Bi- und Transsexuellen in Thüringen“. Vielmehr wollte sie mit der ersten Frage wissen, ob der Landesregierung Erkenntnisse hinsichtlich der Anzahl der Homo-, Bi- und Transexuellen, der Transgender und intergeschlechtlichen Menschen in Thüringen

habe. Mit den zwei folgenden Fragen wollte die Abgeordnete Herold im Falle des Vorliegens von entsprechenden Kenntnissen wissen, woher die Erkenntnisse stammen und - u.a. - wie viele Homo-, Bi- und Transsexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen in Thüringen leben. In Anbetracht des Inhaltes der Fragen und ihres Zusammenspiels ist jedoch für den Leser der Kleinen Anfrage 492 vom 01.09.2015 ersichtlich, dass es der Abgeordneten Herold nicht um eine Zählung der zuvor genannten Personen, sondern um die Mitteilung von ggfls. bereits vorliegenden Zahlen durch die Landesregierung ging. Die seitens der Verfügungsbeklagten vorgenommene und durch die streitgegenständliche Äußerung zum Ausdruck gekommene Interpretation der Kleinen Anfrage 492 vom 01.09.2015 wird vor diesem Hintergrund von deren Inhalt selbst bei der Berücksichtigung des Umstandes, dass die Äußerung im politischen Meinungskampf getätigt wurde, nicht getragen.

2.

Die Wiederholungsgefahr ist hinsichtlich der streitgegenständlichen Äußerung gegeben. Die Wiederholungsgefahr ist für den Unterlassungsanspruch materielle Anspruchsvoraussetzung (vgl. BGH, NJW 1995, 132). Sie wird durch die vorangegangene rechtswidrige Beeinträchtigung indiziert und grundsätzlich erst dann ausgeräumt, wenn der Verletzer sich unter Übernahme einer angemessenen Vertragsstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegenüber dem Verletzten verpflichtet, sein beanstandetes Verhalten einzustellen. Dies ist nicht geschehen.

3.

Auch ein Verfügungsgrund liegt vor, da die Verfügungsklägerin innerhalb der nach Auffassung der Kammer maßgeblichen Monatsfrist nach Kenntniserlangung der Verletzungshandlung den Antrag auf Erlass der einstweiligen Verfügung gestellt hat.

4.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 97 Abs. 1, 100 Abs. 1 ZPO. Das die einstweilige Verfügung bestätigende Urteil ist – auch hinsichtlich der Kostengrundentscheidung – sofort vollstreckbar ist (vgl. Vollkommer in: Zöller, Kommentar zur ZPO, 32. Auflage 2014, § 925 ZPO, Rn. 9).

Streitwert des Widerspruchsverfahrens: 10.000,- EUR

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung für jeden zulässig, der durch dieses Urteil in seinen Rechten benachteiligt ist,

1. wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 600,00 EUR übersteigt oder
2. wenn die Berufung in dem Urteil durch das Landgericht zugelassen worden ist.

Die Berufung muss **innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung** dieses Urteils schriftlich bei dem Oberlandesgericht Köln, Reichenspergerplatz 1, 50670 Köln, eingegangen sein. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung des Urteils (Datum des Urteils, Geschäftsnummer und Parteien) gegen das die Berufung gerichtet wird, sowie die Erklärung, dass gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werde, enthalten.

Die Berufung ist, sofern nicht bereits in der Berufungsschrift erfolgt, binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils schriftlich gegenüber dem Oberlandesgericht Köln zu begründen.

Die Parteien müssen sich vor dem Oberlandesgericht Köln durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, insbesondere müssen die Berufungs- und die Berufungsbegründungsschrift von einem solchen unterzeichnet sein.

Mit der Berufungsschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils vorgelegt werden.

Dr. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

